Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935
1909

107 (13.5.1909) 2. Blatt

Visual Library

№ 107. 2. Blatt. Karlsruhe, Donnerstag, den 13. Mai 1909. 47. Jahrgang.

Badischer Beobachter.

Hauptorgan der badischen Zentrumspartei.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis: In Karlsruhe durch Träger zugestellt, monatlich 90 Pfg., vierteljährlich Mk. 2.70. In der Geschäftsstelle oder den Ablagen abgeholt, monatlich 60 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgeholt Mk. 3.25, durch den Briefträger ins Haus gebracht, Mk. 3.67 vierteljährlich. Bestellungen werden jederzeit entgegengenommen.

Fernsprecher Nr. 535.

Beilagen: Einmal wöchentlich: das illustrierte achtseitige Unterhaltungsblatt „Sterne und Blumen". Zweimal wöchentlich: das vierseitige Unterhaltungsblatt „Blätter für den Familientisch".

Fernsprecher Nr. 535.

Anzeigen: Die sechsspaltige Petitzeile oder deren Raum 25 Pfg. Reklamen 60 Pfg. Lokalanzeigen billiger. Bei öfterer Wiederholung entsprechender Rabatt. Anzeigen nehmen außer der Geschäftsstelle alle Anzeigen-Vermittelungsstellen an. Redaktion und Geschäftsstelle: Adlerstraße Nr. 42 in Karlsruhe (Baden). Sprechstunden der Redaktion: von halb 12 bis 1 Uhr mittags.

Rotationsdruck und Verlag der Aktiengesellschaft „Badenia" in Karlsruhe, Adlerstraße 42. Heinrich Vogel, Direktor.

Verantwortlicher Redakteur für deutsche und badische Politik, sowie Feuilleton: J. Theodor Meyer; für Ausland, Nachrichtendienst und den allgemeinen Teil: Franz Wahl; für die Unterhaltungsbeilagen, den Handel und Verkehr: Heinrich Vogel; sämtliche in Karlsruhe.

Verantwortlich: Für Anzeigen und Reklamen: Hermann Baßler in Karlsruhe.

Oesterreichische und italienische Marinepolitik.

Die politischen Ereignisse des letzten Winters, speziell auch die Erfolge des Dreibundes in der bosnischen Frage, haben erneut das Interesse für die Machtverhältnisse der Dreibund-Mächte wachgerufen. Als eine erfreuliche Tatsache darf es betrachtet werden, daß Oesterreich seine Heeresmacht bei der Mobilisierung auf einen kriegstüchtigen Stand gebracht hat und weitere militärische Reformen ins Auge gefaßt werden. Auch der österreichischen Marine ist erhöhte Beachtung geschenkt worden; im Flottenplan sind 4 Schlachtschiffe großen Typs vorgesehen. Darüber herrscht nun in Italien und in gewissen österreichischen Kreisen, die die Sache mißverstanden, einige Erregung, als ob es sich um eine Herausforderung Italiens handle.

„Wie unbegründet diese Schwarzmalereien sind — schreibt die „Reichspost" — zeigt eine einfache Nebeneinanderstellung der beiderseitigen Flottenstreitkräfte. Die italienische Flotte wird zu Ende 1909 über 15 fertige Schlachtschiffe und 5 Panzerkreuzer mit insgesamt zwölf 34 Zentimeter-, sechzehn 30.5 Zentimeter-, siebenundzwanzig 25 Zentimeter-, hundertzwei 20 Zentimeter- und hundertdreißig 15 Zentimeter-Geschützen verfügen. Von den 15 Schlachtschiffen sind nur die drei Schiffe der „Sardegna"-Klasse der Panzerung nach veraltet, ihre Armierung und ihre Schnelligkeit von 19 Knoten macht sie aber auch heute noch zu starken Schlachtschiffen.

„Dieser Flottenmacht gegenüber wird Oesterreich-Ungarn zu Ende 1909 über neun fertige Schlachtschiffe und drei Panzerkreuzer mit insgesamt siebenunddreißig 24 Zentimeter-Geschützen, dreiundvierzig 19 Zentimeter-Geschützen und achtundsiebzig 15 Zentimeter-Geschützen verfügen. Von den neun Schlachtschiffen sind die drei Schiffe der „Monarch"-Klasse wegen ihrer geringen Größe (nur 5600 Tonnen) und ihrer geringen Schnelligkeit (nur 17 Knoten) nicht geeignet, mit der übrigen Kampfflotte zugleich zu operieren, weshalb sie nur für untergeordnete Zwecke verwendet werden können. Die italienische Flotte ist also an Offensivkraft, die sich ja am deutlichsten in der Zahl und Größe der Geschütze ausdrückt, der unseren weit überlegen. Den 55 schweren Geschützen der italienischen Flotte, darunter 34 Zentimeter und 30.5 Zentimeter, kann unserer Flotte nur 37 Stück 24 Zentimeter-Geschütze gegenüberstellen, den hundertzwei 20 Zentimeter nur 43 Stück 19 Zentimeter, von den leichteren Geschützen gar nicht zu reden. Der Zahl der Geschütze nach verfügt also schon die italienische Flotte über eine doppelt so große Offensivkraft; da aber heute das 24 Zentimeter-Geschütz als unzureichend für die Hauptarmierung eines Schlachtschiffes anzusehen ist und die italienische Flotte über eine bedeutende Zahl der unvergleichlich mächtigeren 30.5 Zentimeter und 34 Zentimeter verfügt, so ist in Wahrheit die Offensivkraft der italienischen Flotte mindestens dreimal so groß als die unserer Flotte.

„Dieses Verhältnis wird auch durch die in Bau befindlichen Schlachtschiffe nicht geändert, ja wenn die projektierten „Dreadnoughts" unsererseits nicht gebaut werden, sehr erheblich verschlechtert. Italien baut vier Schlachtschiffe zu je 18600 Tonnen, deren Armierung aus je zwölf 30.5 Zentimeter- und achtzehn 12 Zentimeter-Geschützen bestehen wird. Oesterreich-Ungarn baut gegenwärtig drei Schlachtschiffe zu je 14 500 Tonnen, die eine Bewaffnung von je vier 30.5, acht 24 Zentimeter und zwanzig 10 Zentimeter erhalten werden. Es stehen also achtundvierzig 30.5 und zweiundsiebzig 12 Zentimeter, zwölf Zentimeter, vierundzwanzig 24 und sechzig 10 Zentimeter gegenüber, wobei die kalibermäßige Ueberlegenheit auf der italienischen Seite wiederum ganz besonders groß ist.

Selbst wenn auch Oesterreich-Ungarn drei oder vier „Dreadnoughts" in den nächsten Jahren erbaut, so wird die italienische Flotte noch immer ein bedeutendes Uebergewicht besitzen, besonders da Italien schon heute den Bau von zwei weiteren Dreadnoughts plant."

Das Wiener Blatt folgert daraus, wie aus der geringen Zahl der österreichischen Panzerkreuzer, daß Italien keinen Grund habe, sich zu beunruhigen. Wenn Oesterreich Italien angreifen wollte, müßte es die Adria verlassen und das Tyrrhenische Meer aufsuchen, weil Italien nur an seiner Westküste empfindlich getroffen werden könnte. Dazu fehle aber der österreichischen Flotte die nötige Anzahl von Kreuzern.

„Unsere Interessensphäre" — fährt die „Reichspost" fort — „berührt jene Italiens nirgends, weil wir in einem Konflikt mit Italien nie einen Nutzen ziehen könnten und also ein Risiko für nichts übernehmen. Eher Grund zur Beunruhigung hätte Oesterreich-Ungarn, denn der italienische Marineminister Admiral Mirabello war es, der als den offiziell festzuhaltenden Standard der italienischen Flotte die doppelte Stärke der österreichischen bezeichnete.

„Eine kluge Umsicht muß Italien überzeugen, daß es die Verstärkung der österreichischen Flotte begrüßen sollte. Italien ist zur Wahrung seiner Mittelmeerinteressen dem Dreibund beigetreten, weil eine Gefährdung seiner Interessen durch die Westmächte England und Frankreich zu befürchten war. Trotz dieses Bündnisses blieb es aber gerade wegen der Schwäche der österreichischen Flotte im Mittelmeer ziemlich isoliert, weshalb seine allerdings herzlich ergebnislosen Extratouren mit Frankreich und England begreiflich waren. In Zukunft aber, wenn die österreichische Flotte die den Mittelmeerinteressen der Monarchie angemessene Stärke erreicht haben wird, vermögen die österreichische und italienische Flotte zusammen den ausschlaggebenden Faktor jeder Mittelmeerpolitik zu bilden, indessen Frankreich und England für immer die natürlichen Gegner Italiens im Becken des Mittelmeeres bleiben."

Ein neuer Poststreik.

Nachdruck verboten.

⊙ Paris, 10. Mai 1909.

Als wir uns am „Weltfeiertag" auf dem „Platz der Republik", dem Stelldichein der Eventualkrawalle, in einer Studiepromenade ergingen, glaubten wir uns in einer Provinzstadt mit Großstadttypen zu befinden, die ein lyrisches Fest begeht. Einige Hundert scherzende Menschen in Festesstimmung und Sonntagsgewand. Heckenröschen im Knopfloch der Männer, die nichts weniger als revolutionär aussahen, und ein niedliches Sträußchen von Maiblümchen am Busen der Damen, die an dieser Pariser Tradition des 1. Mai mit um so größerer Wärme festhalten, als solch ein geschenktes Bukettchen Glück bedeuten soll.

War das die Ruhe, die dem Gewitter vorausgeht? Möglich. Zweifellos aber sagten sich die Herren, die das Feuer des Revolutionskessels schüren: Vorsicht ist die Mutter der Weisheit. Die Gesamtpolizei war revolverbewaffnet auf den Beinen und die 80 000 Mann starke Pariser Garnison bereit, gegebenenfalls der bedrohten Ordnung mit der Macht des Säbels beizuspringen. Was die Zukunft bringt, wissen wir nicht; für den Augenblick jedoch darf die Staatsdisziplin noch auf die Treue des Heeres rechnen. Weit mehr auf sie, als auf die Staatsangestellten niederen und mittleren Gehalts. Während also die Arbeiter ruhig blieben, brodelte die Revolution im Haupttelegraphenamt, wie ja schon gemeldet wurde. Es wurde gegen die Chefs manifestiert und die Internationale ein dutzendmal gesungen. Das ist typisch genug. Die französischen Post- und Telegraphenbeamten scheinen die Avantgarde im kommenden Revolutionskampfe, der ohne jeden Zweifel mit einer Diktatur endet, bilden zu wollen. Nicht als ob wir diesen Herren das Recht bestreiten wollten, gerechte Berufsforderungen zu erheben und mit aller Macht durchzuführen. Beileibe nicht. Wenn sie sich z. B. gegen das Günstlingswesen empören, dann dürfen sie auf die Sympathien aller rechnen. Die Republik hat in diesem Sinne ein großes Sündenregister zu verzeichnen und das Haschen politischer und unpolitischer Streber nach dem „Butterteller" ist bekannt genug. Der hiesige Volksmund hat mehr als ein geflügeltes Wort dafür bereit. Niemand wird es den Postbeamten auch verübeln, wenn sie um materielle Besserstellung ringen, oder eine Neugestaltung verzopfter Methoden, denen übrigens das Publikum in erster Linie zum Opfer fällt, erreichen wollen. Worüber sich jedoch hier zu Lande nur eine Stimme des Mißmuts erhebt, das ist der Weg, den die Herren einzuschlagen belieben. Sie liebäugeln mit dem notorisch anarchistischen Arbeiterbund, der gegen 400 000 Mitglieder zählt, sie versuchen die 300 000 Eisenbahner in ihre Interessensphäre zu ziehen und zu einem eventuellen Mitstreik zu gewinnen, der mehr und mehr an Aussicht gewinnt. Ein Teil ihrer Führer (darunter ganz gut situierte Leute, die nach einem Abgeordnetensitz schnappen) läßt in Riesenversammlungen revolutionäre Brandreden von Stapel, die in der gegenwärtigen Stimmung stets eines donnernden Beifalls gewärtig sein dürfen. Sie befürworten den Streik, der den Staatsangestellten auch in der Republik gesetzlich in keiner Weise zusteht, und sie sind erstaunt, wenn die Regierung darauf mit Amtssuspension und der zuständige Disziplinarrat mit einigen Amtsentsetzungen antwortet. Sie knüpfen ihr Versprechen, künftig artig zu sein, an die Bedingung sine qua non, daß ihr Vorgesetzter, der Unterstaatssekretär Symian, fallen müsse und vergessen dabei ganz, daß die Volksvertretung, mit anderen Worten das Parlament, über den Sturz eines Ministers entscheidet und nicht irgend eine Beamtenkategorie, die einen Staat im Staat und einen Staat gegen den Staat bilden möchte. Sie klagen den Ministerpräsidenten in einem Maueranschlag an, sein ihnen anläßlich des letzten Streiks gegebenes Versprechen nicht gehalten zu haben. Eine solche Behauptung schlägt der Wahrheit direkt ins Gesicht. Clemenceau erklärte von der Tribüne der Deputiertenkammer herab, keinen der Beamten infolge des ersten Ausstandes zu bestrafen, die Vorrückungstabellen in der verlangten Weise abzuändern und im übrigen den Abgang des Postdirektor grundsätzlich nicht zu diskutieren. Seine Haltung erzielte eine erdrückende Mehrheit bei der Abstimmung im Unterhaus. Die Taten entsprachen den Worten. Die Angestellten waren damit nicht zufrieden. Kaum hatten sie den Dienst wieder aufgenommen, als ein Anschlag an den Mauern der Hauptstadt erschien, in dem sich der Satz fand: „Wir erkennen den Unterstaatssekretär nicht mehr als Chef an." Die Regierung machte Miene einzuschreiten, drückte aber nach einigen Unterhandlungen ihr demokratisches Auge versöhnend wieder zu. Erst vor einer Woche erinnerte sie sich ihrer Staatsautorität, als die Agitation von neuem einsetzte und einige Rädelsführer in ziemlich arroganter Weise wieder zum Streik aufriefen. Es erfolgten 10 Suspendierungen, welche die Disziplinarräte in Amtsentsetzungen umwandelten. Darob nun eine gewaltige Bewegung unter den 100 000 Postbeamten des ganzen Landes, Versammlungen, in denen Briefträger und Telegraphistinnen im Vereine mit Eisenbahnern und Delegierten anarchistisch geleiteter Syndikate den Aufruhr predigen, als ob ein Staatsangestellter, der in öffentlicher Versammlung die Autorität der Regierung verhöht, zum durchaus ungesetzlichen Streik in einem der wichtigsten öffentlichen Dienste, zur „direkten Aktion", d. h. zur Beschädigung des staatlichen Eigentums, auffordert und dabei, sich auf die Meinungs- und Redefreiheit stützend, jede weitere Erklärung verweigert, ein noli me tangere (Rührmichnichtan) wäre! Ein Staat ohne Verwaltungsdisziplin, ist dem Verfall anheimgegeben. Das gegenwärtige Kabinett ist sich dessen etwas zögernd bewußt geworden, und es scheint dem kommenden Sturme energischen Widerstand leisten zu wollen. Es hat die große Mehrheit des Parlaments und die öffentliche Meinung, die der Bureaukratenrevolte höchst unsympathisch gegenübersteht, hinter sich. Bezeichnend hierfür ist die neuliche Beschlußfassung der Pariser Handelskammer, wonach die Regierung energisch aufgefordert wird, sich der bedenklichen Bewegung unter Hintansetzung aller daraus erwachsenden materiellen Schäden mit allen Kräften entgegen zu stemmen.

Frankreich sieht sich seit den letzten dreißig Jahren in die schwierigste innerpolitische Lage versetzt. Es gilt tatsächlich, einer beginnenden Revolution zu steuern. Was den Poststreik, der möglicher Weise schon am Mittwoch in Kraft tritt, betrifft, so sind die beruflichen und technischen Diskussionen längst in den Hintergrund gedrängt. Das politische Element herrscht jetzt vor. Dasselbe gilt von der Syndikatsbewegung anderer Staatsangestellten. Sehr bedenklich erscheint nebenbei die Haltung, welche der 20. Kongreß der Eisenbahnergewerkschaft eingenommen hat. Es wurde bekanntlich ein Streikkomitee ins Leben gerufen. So könnte es wohl passieren, daß auch ein großer Teil des Bahnverkehrs lahmgelegt würde. Im Hintergrund aber lauern der Arbeiterbund, der „Revolution" auf seine Fahne geschrieben hat. Unter solchen Umständen ist die Lage der Regierung selbstverständlich keine rosige. Sie geht einem gefährlichen Kampf entgegen, auf dessen Ausgang man wirklich gespannt sein darf. (Bekanntlich ist der Streik inzwischen ausgebrochen. Die Red.)

Deutscher Reichstag.

Hd. Berlin, 12. Mai.

255. Sitzung.

Beginn der Sitzung nachmittags 2 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht die Weiterberatung der Anträge Speck (Zentrum) und Dr. Röficke auf Einführung einer gestaffelten Mühlenumsatzsteuer.

Abg. Mollenbuhr (Soz.) bemerkt, die Anträge liefen hinaus auf eine starke Verteuerung der Vermahlungskosten. Die Vermahlung stelle sich bei den Großmühlen viel billiger und schon das allein rechtfertige sie.

Abg. Gothein (frs. Vg.) spricht gegen die geplante Steuer. Die Zahl der Betriebseinstellungen sei nicht

---

Die Freundinnen.

Originalroman von Irene von Hellmuth.

Nachdruck verboten.

4)

(Fortsetzung.)

II.

Inzwischen fuhr Maja ohne eine Ahnung von dem über ihrem Haupte sich zusammenziehenden Gewitter seelenvergnügt in ihrem leichten Wägelchen dahin. Das Ziel ihrer Fahrt kam bereits in Sicht.

Auf einer steilen Anhöhe lag das alte Herrenschloß mit seinem hohen, spitzigen Giebeldach, seiner in der Sonne blitzenden Fensterreihe mit dem grün gestrichenen, hölzernen Läden. Es war ein langgestrecktes, zweistöckiges Gebäude, rings umgeben von alten Linden, deren Laub teilweise schon gelb gefärbt war. Malerisch verstreut lagen am Fuße des Berges die sauberen Häuser des Dorfes mit ihrer kleinen Kirche. Das Ganze gewährte einen hübschen, freundlichen Anblick und schon von weitem vernahm man das Bimmeln der Glocken und Glöckchen, welches von den weidenden Kühen und Ziegen ausging. Sonst herrschte tiefe Ruhe und Stille ringsum. Nur der Wind raschelte leise in dem gelben Laub der Bäume und von ganz fern her drang das Bellen mehrerer Hunde. Bläulicher Rauch drang hie und da aus einem der Schornsteine und stieg kerzengerade in die Höhe.

Der Weg wand sich jetzt ziemlich steil empor, schon passierte man die ersten Häuser des Dorfes, als Maja sich an Fritz wandte:

„Komm', Alter", sagte sie munter, „wir wollen aussteigen und die kleine Strecke zu Fuß zurücklegen, die Tiere plagen sich auf der schlechten, ausgefahrenen Straße doch zu sehr. Ich bin ohnehin lange genug gesessen."

„Die jungen Pferde machen es aber mit Leichtigkeit," meinte Fritz, folgte aber doch seiner Herrin, die bereits aus dem Wagen gesprungen war und nun liebkosend den Hals ihrer Lieblinge klopfte. Bei einer Biegung blieb sie lauschend stehen, denn man vernahm in nächster Nähe das Geplauder eines Kindes. Gleich darauf trat ein stattlicher, hochgewachsener Herr, der ein etwa vierjähriges Mädchen an der Hand führte, aus dem die Straße einsäumenden Gesträuch. Die Kleine machte sich ungestüm von ihrem Führer los und eilte mit freudigem Aufjauchzen und dem Rufe: „Tante Maja, — sieh nur Papa, da kommt Tante Maja!" auf das junge Mädchen zu, das, die Arme ausstreckend, das jauchzende Kind auffing, es lachend wie eine Feder hoch emporschnellte, um es ebenso rasch wieder auf den Boden zu stellen. Die Kleine jedoch wollte das Spiel nochmal wiederholen, streckte die Händchen empor und bettelte:

„Bitte, Tante Maja, hebe mich recht hoch!"

Der Herr hatte sich inzwischen rasch genähert, er zog grüßend den Strohhut und wehrte dem ungestümen Drängen seines Töchterchens:

„Lilly — sei doch nicht so wild! Du plagst das Fräulein sehr! Wie oft soll ich Dir noch sagen, daß man das nicht darf!"

„Ach, lassen Sie Lilly doch," wehrte Maja, deren Gesicht eine helle Röte färbte, jedenfalls hervorgerufen durch die ungewohnte Anstrengung.

Jetzt erst erblickte das lebhafte Kind die hinterher trottenden Pferde mit dem Wagen.

„O, sieh nur, Papa, was Tante Maja für eine wunderschöne Kutsche hat!" rief es mit leuchtenden Augen. „Ach, und die hübschen Pferde! Lilly will auch solche Kutsche und solche Pferde und solche Peitsche! Lilly will auch fahren, Papa, Du mußt mir das alles kaufen, hörst Du?"

Ueber das Gesicht des Angeredeten flog ein finsterer Schatten und in seine Stirn grub sich eine tiefe Falte. Während er bitter auflachend das Kind ziemlich unsanft hin und her schüttelte, kam es wie zwischen zusammengebissenen Zähnen hervor:

„Das ist nichts für uns, — das gehört für die Reichen! Dein Vater aber ist ein armer Teufel! Das begreifst Du nicht, nun — ich denke, Du wirst es bald genug verstehen lernen!"

Lilly schaute erschrocken und scheu zu dem Erzürnten auf, dessen Augen so finster dreinsahen, daß das Kind die Lippen verzog und in bitterliches Weinen ausbrach. Maja legte liebkosend die Hand auf das Köpfchen der Kleinen und sagte begütigend:

„Aber Herr von Brandt, was versteht denn so ein Kind von solchen Sachen! Es weiß doch nichts von arm und reich! Wie können Sie das süße Geschöpfchen nur so böse anfahren!"

„Man muß es ihr frühe zum Bewußtsein bringen, daß sie nichts zu hoffen hat im Leben. Ein armes Mädchen muß bescheiden sein in seinen Wünschen. Ich will ihr das klar machen, ehe es zu spät ist, — sonst stellt sie Anforderungen wie ihre — —"

Er hielt plötzlich inne, als hätte er schon zuviel gesagt.

Maja schien diesen Ton bereits zu kennen; sie entgegnete nichts. Dann hob sie Lilly mit einer raschen Bewegung auf und setzte sie in den Wagen. Die Kleine lachte schon wieder und klatschte in die Hände, während noch die Tränen über ihre runden Bäckchen liefen.

Mit finster gerunzelter Stirn schaute Herr v. Brandt diesem Beginnen zu. Schweigend schritt er neben seiner jungen Begleiterin her, die, Lillys Händchen festhaltend, nur mit einem leichten Schnalzen der Zunge die Pferdchen antrieb, während sich der alte Fritz in ehrerbietiger Entfernung hielt. Herr v. Brandt hatte seinen Hut abgenommen. Er trocknete sich die Stirn mit einem seidenen Tuche; sein Gesicht wollte sich nicht aufhellen, nur von Zeit zu Zeit flog ein rascher Blick über das liebliche Antlitz Majas, die ihre ganze Aufmerksamkeit dem Kinde zuwandte.

„Ich bin ein schlechter Gesellschafter," begann er endlich, „der Ihnen die Güte und Liebe, die Sie seinem Kinde entgegenbringen, wenig dankt. Aber es gibt Stunden, wo man das Leben nur als eine Qual betrachtet, — Stunden, wo man sein verfehltes Dasein von sich werfen möchte! — Wäre das Kind nicht, — wer weiß, was dann geschähe, — ich hätte vielleicht längst ein Ende gemacht — Gott verzeihe mir die sündigen Gedanken!"

Den letzten Satz hatte er nur gemurmelt, aber Maja hatte ihn doch verstanden.

„Um Gotteswillen," brach sie erschrocken aus und in ihren Augen lag so viel ehrliche Angst, daß der Mann an ihrer Seite unwillkürlich einen Augenblick stehen blieb und sie halb ungläubig anstarrte.

Ohne es selbst zu wissen, dämpfte er den Ton bei der Frage: „Und wenn ich es täte, wer fragte wohl darnach? Das Kind? Es versteht wohl kaum, was der Tod bedeutet, — Kinder vergessen schnell, — und sonst habe ich niemand auf der Welt, der um mich trauern würde, — nein, — niemand," fügte er ganz laut hinzu, als Maja den vorwurfsvollen Blick zu ihm erhob. (Fortsetzung folgt.)

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

erheblich. Ein Rückgang der Kleinbetriebe sei in allen Berufen zu verzeichnen. Durch die Anträge werde man auf eine abschüssige Bahn gebracht. Sie seien deshalb abzulehnen.

Abg. Beck-Aichach (Zentrum) meint: Derjenige, der die Verhältnisse kenne, werde den Anträgen zustimmen. Es gelte, die Kleinmüller vor der Großindustrie zu schützen.

Abg. Hausmann (natl.) lehnt aus wirtschaftlichen und rechtlichen Gründen mit einem Teil seiner Freunde die Umsatzsteuer ab.

Abg. Günther-Sachsen (frs. Vp.) bekämpft die Umsatzsteuer.

Abg. Binder (Soz.) bekämpft ebenfalls die beiden Anträge.

Ein Antrag auf Debatteschluß wird angenommen.

Abg. Speck (Zentrum) polemisiert in seinem Schlußwort gegen den Abgeordneten Gothein und empfiehlt nochmals die Annahme seines Antrages, ebenso der zweite Antragsteller Abg. Dr. Rösicke.

Beide Anträge werden dann angenommen gegen Freisinnige, Sozialdemokraten und einen großen Teil der Nationalliberalen.

Morgen 2 Uhr kleine Vorlagen. Erste Lesung des Münzgesetzes und zweite Lesung des Bankgesetzes.

Schluß 7¼ Uhr.

*

Hd. Berlin, 12. Mai. Der Reichstag wird nach den jetzt bestehenden Vereinbarungen am nächsten Dienstag oder Mittwoch in die Pfingstferien gehen. Die Finanzkommission des Reichstages dürfte noch einige Tage länger beraten, um die zweite Lesung der Finanzreform möglichst zu fördern. Das Plenum des Reichstages wird auch nach Pfingsten zunächst nicht zusammentreten, sondern der Finanzkommission Zeit zur Weiterberatung lassen, die vermutlich bald nach den Pfingstfeiertagen ihre Beratungen wieder aufnehmen wird. Eine genaue Bestimmung darüber dürfte in den nächsten Tagen vom Senioren-Konvent des Reichstages getroffen werden.

Deutschland.

Berlin, 13. Mai 1909.

Reichswertzuwachssteuer. Die „Voss. Ztg." meldet vom 11. Mai: Die gestrige Konferenz beim Reichsschatzsekretär, an der die Oberbürgermeister der großen Städte, Vertreter der Wissenschaft und eine Reihe von Kommissaren der einzelnen Bundesstaaten teilnahmen, beschäftigte sich eingehend mit der Reichswertzuwachssteuer. Man gelangte zu dem fast einmütigen Ergebnis, daß die Frage der Reichswertzuwachssteuer zurzeit noch lange nicht genügend geklärt sei, um mit einer Vorlage an den Reichstag heranzutreten, daß ferner zweifellos die Erträgnisse der Steuer überaus großen Schwankungen unterliegen würden und daß die Steuer bei günstigster Schätzung höchstens 12½ Millionen, bei optimistischerer und in besonders günstigen Jahren höchstens 20 Millionen bringen würde. Das sieht aus wie bestellte Arbeit. Ist die Frage noch nicht genügend geklärt, dann haben auch die Schätzungen von 12½ Millionen (!) und 20 Millionen wenig Wert und verdienen wenig Vertrauen. Warum stellte man das Ergebnis nicht gleich bis auf den Pfennig fest und schrieb, die Steuer bringe 12 500 000 Mark und 13 Pfennig?

Zur Brausteuervorlage bemerkt die „Frs. Ztg.": „Die Freisinnigen brauchen angesichts der Haltung, die sie jederzeit gegenüber den Plänen auf Erhöhung der Brausteuer eingenommen haben, nicht zu betonen, daß ihnen die Zustimmung zu einer solchen Erhöhung auch gegenwärtig ein schwerer Entschluß sein würde. Ist es aber unumgänglich, diesen Entschluß zu fassen, so werden sie konsequent nur eine Steuer akzeptieren, die als wirkliche Verbrauchssteuer die an der Herstellung und dem Vertrieb des Bieres beteiligten Gewerbe schont, nicht aber als Sondergewerbesteuer diese Gewerbe oder doch große Teile davon ruiniert." Bisher hat der Freisinn stets gegen die Erhöhung der Biersteuer gestimmt; nun scheint er einzuschwenken.

Zentrum und Liberale. In Nr. 52 des „Grenzboten" von 1908 schreibt Wilhelm von Massow in einem Artikel über „Schwierigkeiten der innerpolitischen Lage": „Also sine ira et studio sei festgestellt, daß das Zentrum immerhin darauf verweisen kann, an wieviel wichtigen Gesetzen es positiv mitgewirkt hat. Bei den meisten Gesetzen von nationaler Bedeutung hat es im entscheidenden Augenblick eingelenkt und selbst große Schwierigkeiten beseitigen helfen. Es ist leider richtig, daß das Zentrum niemals einem Gesetzgebungswerk solche Hindernisse bereitet hat, wie sie vonseiten der Liberalen selbst dann Regel waren, wenn Errungenschaften im Sinne ihrer eigenen Parteigrundsätze geboten wurden. Noch beim Vereinsgesetz ist diese alte Erfahrung zur Wahrheit geworden. In dem klugen Sichbegnügen mit einem kleinen Vorteil, in der richtigen Einschätzung des Wertes, den jede positive Mitarbeit für die Macht einer Partei und für das Vertrauen zu ihr hat, sind die Liberalen den Erwartungen stets mehr schuldig geblieben als die Zentrumsleute. Das sind alles Momente, die in der praktischen Politik unter Umständen ins Gewicht fallen müssen, so unsympathisch diese Erwägung dem nationalen Politiker auch sein mag

Dieses Zeugnis eines gewiß nicht zentrumsfreundlichen Mannes verdient dem liberalen Geschrei von dem „antinationalen Zentrum" von der „Kuhhandelspolitik des Zentrums" gegenüber hervorgehoben zu werden.

Polizeispitzel suchen sich immer wieder in die sozialdemokratische Partei einzuschleichen und werden immer wieder entlarvt. So schreibt jetzt der „Vorwärts": „Kriminalschutzmann Hans Schrott, Fehrbelinner Straße Nr. 7, hat es also verstanden, allerdings unter Zustimmung der eigentlichen Träger der betreffenden Namen, die Genossen eine Zeitlang zu täuschen. Der Techniker Jakob Gruber, Schöneberg, Münchener Straße 46, mußte sich als Ausländer wohl einem schmachvollen Druck der preußischen Kriminalpolizei fügen. Man erinnere sich nur daran, daß der Kriminalkommissar Schöne durch Vermittelung des Frhrn. Eberhard v. Brockhusen einen russischen Kaufmann zum Landesverrat zwingen wollte, andernfalls er die Ausweisung zu gewärtigen habe. So sehen wir bei Schrott wieder, daß ein königlich preußischer Polizeibeamter bei der damals noch notwendigen Mitgliederanmeldung wissentlich falsche Namen angibt, die „staatsuntergrabenden" Ideen der Sozialdemokratie propagieren hilft und Freundschaft und Vertrauen schamlos mißbraucht. Jahrelang hat der Kriminalbeamte Hans Schrott, Fehrbelinner Straße 7, die Parteiarbeiten in anstrengender Weise erfüllt. Man möchte ihm darum manches verzeihen, wenn sein Beruf nicht zu den ehrlosesten Täuschungen zwingen würde. So spitzelt nun seit Jahren ein ganzes Heer der charakterlosesten Subjekte in den Reihen der Sozialdemokratie herum. Da wird geschnüffelt in den Versammlungen, in den Zahlabenden und in den Parteikneipen. Selbst in Familienkreisen der Parteigenossen wird einzudringen versucht. In diesem Falle würden wir es unseren Genossen nicht verdenken, wenn sie ein solches Subjekt einmal mit der Hundepeitsche aus der Familie heraushauen." Wir meinen, daß die Behörden zu solchen unschönen Mitteln nicht ihre Zuflucht nehmen sollten; es kommt doch nichts dabei heraus.

Alle hundert Jahre eine neue Säkularisation. Als Prinz Ludwig einmal in Niederbayern die historischen Stätten der Kultur besichtigte und mit dem Schloßherrn von Moos, seinem Freunde Konrad Graf v. Preysing Niederalteich besuchte, da kam gegenüber einem Pfarrer auch das Gespräch auf die Säkularisation. Die Säkularisation hat König Max I., unter dem sie vorgenommen worden ist, ein „Fieber der Zeit", eine „ungeheure Eselei" genannt. Der bayerische Staat erhielt von dem Erlös der verschleuderten Kunstschätze und Güter 60 Millionen, die bald wieder verpulvert waren. Es hatten spekulierende Juden Grundbesitz zu Spottpreisen erlangt, und ebenso hatten sich die ausführenden Beamten zu bereichern gewußt. Die Säkularisationskommissäre haben wie die Vandalen gehaust. Man wird es als zutreffend bezeichnen müssen, daß König Max I. nach diesen Erfahrungen ein so scharfes Urteil gefällt hat. Was Prinz Ludwig in dieser Konversation beim Besuch von Niederalteich gesagt, war ebenfalls ablehnend. Da machte der Pfarrer die Bemerkung: „Luft wenn's hätten, täten sie's heute wieder so machen." Und Prinz Ludwig lächelte. Er kennt die Menschen und die Dinge. Im Steuerausschuß der bayerischen Abgeordnetenkammer, am 5. Mai, als der Abg. Gerber die Steuerfreiheit der Missionsvereine anerkannter Religionsgemeinschaften vertrat, erinnerte der Abg. Heim daran, daß durch die Säkularisation der Staat der Kirche die Einkünfte genommen hat, ohne sich um die hieraus erwachsenen Verpflichtungen zu kümmern. Da tat der demokratische Abgeordnete Quidde den Ausspruch, den Dr. Heim entsprechend beleuchtete: „Es könne gar nicht schaden, wenn alle hundert Jahre die Güter der toten Hand wieder entzogen würden." Ja, ja, der niederbayerische Pfarrer hat recht: Luft wenn's hätten, täten sie's heute wieder so machen! Der Ausspruch Dr. Quiddes ist im Bericht der liberalen Presse über jene Sitzung nicht zu finden. Er ist zweifellos unbequem für den Liberalismus, wie alle die Kulturkämpferbekenntnisse liberaler Blätter und Politiker, die, von der Zentrumspresse gesammelt, den liberalen Zeitungen immer aus dem Gedächtnis entschwunden sind. Aber desto lebhafter denken andere daran und sorgen dafür, daß in den Wahlkämpfen die Erinnerung sehr lebhaft wird und wirkt.

Hauptversammlung des Landesverbandes städtischer Beamter im Großherzogtum Baden.

‡ Karlsruhe, 11. Mai 1909.

Der Landesverband städtischer Beamten im Großherzogtum Baden hielt hier seine 4. Hauptversammlung am 8. und 9. Mai d. J. ab.

Der Verband, welcher vor vier Jahren ins Leben gerufen wurde, zählt ein stattliches Heer von Mitgliedern. Er umfaßt die Beamten der Städte der Städteordnung. In seinen Reihen befinden sich größtenteils auch die wissenschaftlich gebildeten, die mittleren und unteren Beamten der Städte. Dem Tage der Arbeit ging am 8. Mai eine festliche Veranstaltung voraus, indem den Teilnehmern die Besichtigung der Einrichtungen des Hafens (der Getreidespeicher und Werfthalle) gestattet wurde. Hieran schloß sich eine Hafenfahrt bis in den offenen Rhein. In großen Scharen kamen die auswärtigen, insbesondere die Pforzheimer Kollegen, am Samstag nachmittag hier an, sodaß das Festschiff kaum ausreichte. Am Abend veranstalteten sodann die beiden Karlsruher Vereine ein Bankett im kleinen Saal der Festhalle, das einen vorzüglichen Verlauf nahm. Herr Oberstadtrechnungsrat Weiler begrüßte die erschienenen auswärtigen Beamten und die Vertreter der Stadt. Herr 1. Bürgermeister Dr. Paul hieß die Erschienenen im Namen der Stadtverwaltung herzlich willkommen.

Die hernach folgenden musikalischen und gesanglichen Darbietungen stunden auf einer der Stadt Karlsruhe würdigen Stufe.

Am Sonntag, den 9. Mai, vereinigten sich die Teilnehmer vormittags 10 Uhr zur Hauptversammlung, die im großen Rathaussaale stattfand. Der erste Verbandspräsident, Stadtrevisor Wanner-Mannheim, eröffnete kurz nach 10 Uhr die Sitzung und dankte für das Interesse der städtischen Beamten, das sie durch das äußerst zahlreiche Erscheinen zur Hauptversammlung bekunden. Er begrüßte den Herrn Oberbürgermeister Siegrist und dankte der Stadtverwaltung für die überaus zahlreichen Aufmerksamkeiten anläßlich der Hauptversammlung. Ferner führt Redner aus, daß der Landesverband seit der letzten Tagung einen bedeutenden Mitgliederzuwachs bekommen und daß sich neuerdings auch der städtische Beamtenverein Freiburg dem Landesverband angeschlossen habe. Von dem Pfälzer Kreisverband sei ein Antrag auf Anschluß an den Badischen Landesverband eingegangen.

Herr Oberbürgermeister Siegrist widmete dann den Erschienenen herzliche Worte. Wer es noch nicht gewußt, welch hohen Umfang und Bedeutung der städtische Beamtenkörper in den letzten zehn Jahren angenommen habe, könne sich heute von der Wichtigkeit und Zusammengehörigkeit der städtischen Beamtenkorporationen wohl überzeugen. Die badische Städteordnung kenne von den Gemeindebeamten im wesentlichen nur den Ratschreiber und den Stadtrechner und bestimme, daß für einzelne Verwaltungszweige besondere Beamten aufgestellt werden. Die Zeiten seien schon längst überwunden, in denen man die Stadtverwaltung als eine Versorgungsanstalt für solche Personen betrachtete, die sonst ihren Verdienst nicht mehr finden können.

Der Beamte werde sich auch stets bewußt sein, daß er für das Wohl des Gemeindewesens arbeite. Allein darauf könne es beruhen, wenn der Beamte in der Oeffentlichkeit ein besonderes Ansehen in Anspruch nehmen dürfe. Selbstverständlich müsse auch dafür gesorgt werden, daß der Beamte ein auskömmliches Dasein habe und auch für seine Hinterbliebenen auskömmlich gesorgt werde. Herr Oberbürgermeister Siegrist wünscht, daß den Teilnehmern der Aufenthalt in der badischen Residenz nach getaner Arbeit einige recht behagliche Stunden biete und daß sie, beseelt von diesen schönen Erinnerungen, befriedigt in ihre Heimat zurückkehren.

Nunmehr trat die Versammlung in die Verhandlungen ein. Denselben lag ein gedruckter Jahresbericht zugrunde, aus dem die Tätigkeit des Vorstandes ersichtlich war. Bei einem Punkte spricht der Vorsitzende sodann den Wunsch aus, daß die rechtliche Seite des Dienstverhältnisses der Stadtverwaltung mit den Beamten baldigst klar gestellt und hierin nach dem Vorbild des badischen Beamtengesetzes verfahren werde. Alsdann gibt die Errichtung einer Krankenunterstützungskasse zu lebhaftem Meinungsaustausch Anlaß. In einigen Städten wird die Frage der Unterstützungskasse so brennend, daß ein weiteres Hinausschieben der Lösung dieser Frage kaum mehr möglich ist. Im allgemeinen steht die Versammlung auf dem Standpunkt, daß die Mitgliedschaft eine freiwillige sein solle, daß die Unterstützungskasse sowohl für die Mitglieder als auch deren Angehörige eintreten müsse und daß es wünschenswert sei, wenn die Finanzfrage einer nicht zu kostspieligen Lösung entgegengeführt werden könnte. Es lagen alsdann noch eine Reihe geschäftlicher Anträge vor, über deren Behandlung eine Hauptversammlung sich aussprach und teilweise auch dem Vorstand die Beschlußfassung überließ. Als Ort der nächsten Hauptversammlung hat Bruchsal eingeladen. Diese Einladung wurde mit Dank angenommen. Die Wahl des Vorstandes fiel wieder einstimmig auf die bisherigen Mitglieder. Die Teilnehmer vereinigten sich sodann zum Festessen in der Glashalle des Stadtgartens, wo Herr Verwalter Hofmann den Toast auf den Landesfürsten ausbrachte und Herr Oberstadtsekretär Lacher sich über die Ziele des Verbandes bei dessen seinerzeitigen Gründung aussprach.

Verband badischer Zentrifugen-Molkereien.

E. Karlsruhe, 12. Mai.

Der Verband der badischen Zentrifugen-Molkereien hielt heute im Saale III der Brauerei Schrempp seine 14. Generalversammlung ab. Der Verbandspräsident Oekonomierat Huber-Offenburg eröffnete dieselbe mit einer kurzen Begrüßungsansprache, in welcher er den Erschienenen einen herzlichen Willkomm entbot. Besonders hieß er den Vertreter der Großh. Regierung Regierungsrat Dr. Cronberger, den Vorstand des statistischen Landesamts Oberregierungsrat Dr. Lange willkommen. Ich muß aber auch eines Namens und Gönners unseres Verbandes gedenken, der heute zum erstenmale nicht in unserer Mitte weilt: Geh. Rats Märklin. Er ist, wie Ihnen bekannt, in den Ruhestand getreten. Geh. Rat Märklin war ein eifriger Förderer der Bestrebungen unseres Verbandes. Seit dessen Bestehen hat er an allen Generalversammlungen teilgenommen. Wir dürfen hoffen, daß wir an seinem Amtsnachfolger Dr. Cronberger den gleichen sicheren Rückhalt haben werden, den wir an Geheimrat Märklin besaßen. Ich möchte Ihnen vorschlagen, den Dank des Verbandes, den wir Geh. Rat Märklin schulden, diesem in einem Schreiben zum Ausdruck zu bringen.

Die Versammlung war damit einverstanden.

Verbandspräsident Oekonomierat Huber erstattete den Jahresbericht, dem wir entnehmen:

Das abgelaufene Berichtsjahr hat mehr verwendet werden können zum Ausbau und zur Kräftigung der einzelnen Verbandsmolkereien, und die Beratung derselben durch den Verband war vielerorts umso notwendiger, als durch die Ausdehnung des direkten Milchverkaufs einer ganzen Anzahl von Betrieben die Existenz sehr erschwert wurde. Einige Verbandsmolkereien sahen sich genötigt, zum direkten Milchverkauf überzugehen und zwei Betriebe sind infolge mangelnder Milchlieferung aufgegeben worden. Dem Verband gehörten am 1. Januar d. J. 86 Molkereien an und zwar 50 eingetragene Genossenschaften, 19 freie Vereinigungen und 17 Privatmolkereien. Als weiteres Hindernis für die Ausbreitung des Molkereiwesens wird das Ueberhandnehmen der Handzentrifugen in den einzelnen bäuerlichen Wirtschaften bezeichnet. In dieser Beziehung werde viel Kapital vergeudet. Im Butterabsatz seien nennenswerte Stockungen nicht eingetreten und die Butterpreise für bessere Qualitäten seien ebenfalls fest geblieben. Von der unentgeltlichen Auskunftserteilung über die Kreditwürdigkeit der Butterabnehmer seitens des Verbandes haben die Mitglieder in ausgiebigem Maße Gebrauch gemacht. Der gemeinsame Pergamentpapierbezug sei als wertvolle Einrichtung des Verbandes erneut anerkannt worden. Bei den Revisionen habe sich gezeigt, daß das Buchführungswesen fast aller Verbandsmolkereien in bester Ordnung sich befindet. Die Ausstellung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft in Cannstadt sei von 44 Molkereien beschickt worden und bei hartem Wettbewerb konnten die badischen Molkereien den ersten und dritten Sieger-Ehrenpreis, 4 erste, 5 zweite und 7 dritte Preise erringen. Nach der Verbandsstatistik, welcher die Resultate von 85 Molkereien zugrunde gelegt sind, zählen dieselben 4276 Mitglieder und 1057 sonstige Milchlieferanten, die von 14 918 Kühen insgesamt 15 689 844 Liter Milch in die Molkereien abgeliefert haben. Von dieser Milchmenge sei etwa der zehnte Teil direkt zum Verkauf gelangt und der Rest zentrifugiert worden. Bei einer Durchschnittsausbeute von 8,04 Pfund Butter pro 100 Liter Vollmilch haben die badischen Molkereien 11 352 Ztr. Süßrahmbutter erzeugt. Den Milchlieferanten seien außer den Milchdividenden insgesamt 1 359 976 Mk. ausbezahlt worden, und verkaufte Vollmilch, Butter und Buttermilch brachten einen Erlös von 1 669 855 Mk., welcher Betrag eine wertvolle Einnahme darstelle und zur Kräftigung der finanziellen Leistungsfähigkeit des badischen Bauernstandes erheblich beitrage.

An den Bericht schloß sich eine Besprechung mit Punkt 2 der Tagesordnung: „Anfragen und Mitteilungen aus den Verbands-Molkereien sowie Besprechung von Verbandsangelegenheiten". Es lag ein Antrag des Mitglieds Zöllin vor, dahin gehend: „In der Berechnung der Butterschachteln soll in Zukunft eine Aenderung in der Weise eintreten, daß die Butterschachteln nicht mehr zurückgeschickt werden, sondern daß der Abnehmer pro Schachtel 5 Pfg. Entschädigung zu bezahlen hat." Die vielfachen Mißstände, die sich aus der Wiederverwendung gebrauchter Schachteln in hygienischer Beziehung und auf Kosten der Qualität der Butter ergeben haben, lassen diese Regelung notwendig erscheinen.

Der Antrag rief eine längere Debatte hervor, in der sich alle Redner für die gewünschte Neuregelung aussprachen. Schließlich wurde der Antrag mit großer Mehrheit angenommen mit dem Zusatze, daß vom 1. Juli ab nach demselben zu handeln ist.

In der weiteren Beratung wurde festgestellt, daß die Butter auf dem Transporte durch die Eisenbahn, die Post und die Dampfschiffe nicht die Behandlung erfährt, die ihr als wichtiges Nahrungsmittel zuteil werden sollte. Der Verbandsvorstand wird deshalb bei der Generaldirektion der Staatseisenbahnen, den Verwaltungen der Lokalbahnen, den Oberpostdirektionen in Karlsruhe und Konstanz sowie bei der Bodenseedampfschiffahrtsverwaltung vorstellig werden, damit eine Behandlung der Buttersendungen nach den Aufschriften, die sie tragen, eintritt. Die Versammlung billigte diesen Schritt der Verbandsleitung.

Hierauf machte Dr. Schaller eingehende Mitteilung über die von der Versuchsanstalt Augustenberg vorgenommenen Untersuchungen der eingesendeten Milchproben. Er verbreitete sich dabei eingehend über ein Verfahren, das den Molkereien ermöglicht, eine Milchprüfung der ihnen gelieferten Milch eintreten zu lassen. Dabei hob der Redner hervor, daß die Milchuntersuchung für die Molkereien selbst von dem größten Wert ist.

Inspektor Stengele sprach sodann kurz über die zweckmäßige Verwertung der Magermilch, die nach einem entsprechenden Verfahren zur Verfütterung bei der Viehaufzucht mit dem gleichen Ergebnis wie die Vollmilch verwendet werden kann.

Die Versammlung genehmigte darnach die vorgelegte Verbandsrechnung, worauf nach kurzen Mitteilungen über das Molkereiwesen die Tagung durch den Verbandspräsidenten geschlossen wurde.

Lokales.

Karlsruhe, 13. Mai 1909

Aus dem Hofbericht. Gestern vormittag von 11 Uhr an erteilte der Großherzog den nachgenannten Personen Audienz: dem Ministerialdirektor im Ministerium der Justiz, des Kultus und Unterrichts Staatsrat Becherer, dem vorsitzenden Rat im Evangelischen Oberkirchenrat Geheimerat Bujard, dem Professor an der Technischen Hochschule Geheimen Oberbaurat Dr. ing. Baumeister, dem Geheimen Oberkirchenrat D. Zähringer, dem früheren Kollegialmitglied der Forst- und Domänendirektion Geheimen Oberforstrat Meyerhöffer und dem Landgerichtsrat Dr. Vischer in Karlsruhe, dem Oberbetriebsinspektor Armbruster in Offenburg, dem Holzhändler und Gemeinderat Katz in Gernsbach, dem Hofapotheker Dr. Stroebe in Karlsruhe, dem Obersteuerkommissär Brecht in Rastatt, dem Regierungsbaumeister Kammüller, dem Eisenbahningenieur Schwerteck und dem Gewerbelehrer Müller in Karlsruhe, sowie dem Architekten Luckscheiter in Freiburg.

Nachmittags hörte Seine Königliche Hoheit die Vorträge des Geheimerats Dr. Freiherrn von Babo und des Legationsrats Dr. Seyb.

Rote Kreuz-Geldlotterie. Die Hauptgewinne fielen auf Nr. 25 577 (15 000 Mk.), Nr. 309 (5000 Mk.), Nr. 103 236 und 21 881 (je 2000 Mk.), Nr. 84 106, 89 966, 102 978, 50 670 (je 500 Mk).

Zehnjähriges Stiftungsfest des österreich-ungarischen Hilfsvereins Karlsruhe i. B. Das zehnjährige Stiftungsfest des unter dem Protektorat Seiner Durchlaucht des Fürsten Max Egon zu Fürstenberg stehenden österreichisch-ungarischen Hilfsvereins e. V. fand am Samstag, den 8. d. M., im Saale des Friedrichshofs statt. Nach einem einleitenden Musikstück begrüßte der 1. Vorsitzende, Herr M. Schmeidler, die Anwesenden und schloß mit einem Hoch auf den Kaiser von Oesterreich und König von Ungarn. Sodann brachte der Schriftführer des Vereins, Herr Ed. Ornstein, ein Hoch auf den Großherzog von Baden aus. Hierauf sprach Herr Schauspieler Wahl einen selbstverfaßten Prolog, worin er des Fürsten Max Egon zu Fürstenberg als Protektor, sowie des österreichischen und des badischen Fürstenhauses Erwähnung tat. Auch gedachte er der freundschaftlichen Beziehungen zwischen Oesterreich-Ungarn und dem deutschen Reich. Unter großem Beifall sang sodann Frl. Rosa Ethofer die Arie aus „Samson und Dalila". Hierauf folgte ein Violinsolo des jugendlichen Künstlers Herrn Emil Kornsand aus „La Traviata", woran sich ein Klaviervortrag des Herrn Ed. Becker anschloß. Frl. Ethofer sang „Solveigs Lied", „Möchte gern bald dem Leben entfliehen" und „Die Haide ist braun". Die musikalische Begleitung lag in den Händen des Herrn Solorepetitors Karl Rieger. Zum Schlusse folgten ernste und heitere Vorträge von Herrn Franz Wahl. Die Darbietungen dieses Künstlers sowohl, wie die musikalischen und gesanglichen Programmnummern, besonders das Violinsolo des Hrn. Kornsands, verdienen alles Lob. Der österreichisch-ungarische Verein Pforzheim, der stark vertreten war, überreichte dem Verein einen prachtvollen silbernen Pokal. Der erste Vorsitzende, Herr Schmeidler, verlaß dann die Telegramme, welche an den Kaiser von Oesterreich und König von Ungarn, den Großherzog von Baden, sowie an den Fürsten zu Fürstenberg abgesandt wurden. Hierauf wurden den dem Verein noch angehörenden drei Gründern: dem seit 10 Jahren als Vorstand wirkenden Herrn M. Schmeidler, Herrn S. M. Fischl und Herrn Ed. Ornstein Ehrendiplome durch das Vorstandsmitglied Herrn Körner mit einer Ansprache überreicht, welche von den Beehrten mit Worten des Dankes entgegen genommen wurden. Nach einigen Gesangs- und Musikvorträgen schloß sich dann unter Leitung des Großh. bad. Hofballettmeisters Herrn Allegri ein flottes Kränzchen an. Die Veranstaltung war stark besucht und verlief in schönster Harmonie und Feststimmung. Am 9. d. M. traf bereits folgendes Danktelegramm vom Kaiser von Oesterreich aus Budapest-Ildvar ein: „Se. K. und K. Apost. Majestät haben die lobale Kundgebung des österreichisch-ungarischen Hilfsvereins anläßlich der Feier seines 10jährigen Bestandes dankend entgegen zu nehmen geruht."

Fahrraddiebstahl. Aus dem Hofe eines Gasthauses in der Kronenstraße kam am 10. d. ein Fahrrad („Bavaria", Fabrik-Nummer 101 107) im Werte von 140 Mk. abhanden.

Mißhandlung. Am 6. d. schlug ein Maschinenmeister in einer Lithographischen Anstalt in der Weststadt einer 16 Jahre alten Einlegerin, weil sie mit ihren Nebenarbeiterinnen wegen Ueberstunden sprach, mit der Hand ins Gesicht und warf sie zu Boden, wodurch sie sich solche Verletzungen zuzog, daß sie seither arbeitsunfähig ist.

Festgenommen wurde ein 26 Jahre alter Fuhrknecht aus Rastatt, weil er am 10. d. ohne allen Grund einen Taglöhner mit einer Kohlenschaufel auf den linken Arm schlug, so daß er eine 6 Zentimeter lange Wunde davontrug.

Vermischte Nachrichten.

Hd. Breslau, 11. Mai. In dem Elektrizitätswerk zu Waldenburg waren gestern drei Monteure mit Umschaltung von Starkstrom-Leitungen beschäftigt, als anscheinend durch zu frühe Einschaltung ein Strom von 10 000 Volt in die Leitung gelangte, bevor die Arbeiten beendet waren. Ein Monteur wurde sofort getötet, ein zweiter erlitt schwere Verbrennungen.

Hd. Trier, 11. Mai. Der Weinguts besitzer Herges in Berncastel an der Mosel erschoß heute morgen seine beiden schlafenden Töchter im Alter von 21 und 18 Jahren. Der Mörder verweigerte jede Auskunft über das Motiv zu der Tat, die man auf keine Weise erklären kann.

Hd. München, 11. Mai. Die Polizei nimmt an, daß die beiden Juwelen-Diebinnen sich fälschlich als Baroninnen Rotge und Szedau ausgeben. Die letztere versucht die ganze Schuld von sich abzuwälzen und erklärt, sie habe keine Ahnung davon gehabt, daß ihre Gesellschafterin seit Jahren Juwelen-Diebstähle ausführe. Die angebliche Gesellschafterin gestand nach anfänglichem Leugnen: Seit Jahren reisen wir nur in Juwelen-Diebstählen und sind in vielen großen Städten gewesen. Wir kommen morgens und stehlen. Dann reisen wir mit den gestohlenen Juwelen schleunigst ab. Selten bleiben wir länger als einen Tag an einem Ort.

Hd. Graz, 11. Mai. In Pösnitz bei Marburg stieß heute früh der Tirol-Kärntener Eilzug mit einem Personenzuge aus Graz zusammen. Der Maler Walter aus Marburg wurde getötet, zwei Personen verletzt, darunter eine schwer. Zwei Wagen gerieten in Brand, der Packwagen des Eilzuges wurde zertrümmert, die Lokomotive entgleiste.

Landung deutscher Luftschiffer in Frankreich.

Hd. Paris, 11. Mai. In Villenan ist ein Ballon mit zwei deutschen Passanten, zwei Ingenieuren und einem Offizier aus Köln gelandet. Die Bevölkerung nahm eine feindliche Haltung ein. Die Luftschiffer mußten schließlich, nachdem sie den Zoll für den Ballon bezahlt hatten, unter Bedeckung von Gendarmen den Zug besteigen. Die Gendarmen untersuchten das Gepäck, fanden jedoch nichts Verdächtiges vor.

Das Bankhaus
Veit L. Homburger, Karlsruhe
Karlstrasse 11 Telephon 36 u. 208
besorgt alle in das Bankfach einschlagenden Geschäfte.